

**B e r i c h t**

des Öffentlichkeitsausschusses

betr. Kommunikationskonzept für die Landeskirche und Evangelische Zeitung

Nordholz, 20. Oktober 2014

**I.****Ausgangslage**

Die 25. Landessynode hatte während ihrer I. Tagung in der 4. Sitzung am 22. Februar 2014 im Zusammenhang mit der Verhandlung über den Bericht des Landeskirchenamtes gemäß Artikel 99 Absatz 1 der Kirchenverfassung über den Stand des kirchlichen Lebens und der kirchlichen Arbeit (Aktenstück Nr. 4) auf Antrag des Synodalen Surborg folgenden Beschluss gefasst:

*"Das Aktenstück Nr. 4 wird insgesamt dem Landessynodalausschuss überwiesen, der es dahingehend durchsehen soll, welche Kapitel von welchem Ausschuss näher beraten werden sollen. Der Landessynodalausschuss berichtet der Landessynode während ihrer nächsten Tagung im Juni 2014 und macht entsprechende Vorschläge."*

(Beschlussammlung der I. Tagung Nr. 2.7)

Mit dem Aktenstück Nr. 4 A hatte der Landessynodalausschuss der Landessynode während ihrer II. Tagung vorgeschlagen, dass die im Aktenstück aufgeführten Abschnitte des Aktenstückes Nr. 4 an die dort ebenfalls benannten Ausschüsse zur Durchsicht überwiesen werden. Dem Öffentlichkeitsausschuss wurden demnach folgende Abschnitte zur weiteren Beratung übertragen:

8.1 Kirchenmusik und Kulturarbeit (S. 220 bis 254)

8.2 Kirchlicher Öffentlichkeitsauftrag (S. 557 bis 679)

Weitere Grundlage der aktuellen Beratungen des Ausschusses seit seiner Konstituierung war die aus der 24. Landessynode mit dem Aktenstück Nr. 3 A des Landessynodalausschusses weitergeleitete Aktenstückreihe Nr. 26 (hier die Aktenstücke Nr. 26 bis Nr. 26 G) in denen auch schon zum Kommunikationskonzept der Landeskirche und zur Neukonzeption der Evangelischen Zeitung nach dem Jahr 2014 berichtet wurde.

Im Folgenden werden die Aussagen des Aktenstückes Nr. 4 zu Struktur, Inhalt und Aufgaben der kirchlichen Öffentlichkeitsarbeit als bekannt vorausgesetzt.

Dort wird auch auf die Notwendigkeit hingewiesen, der Öffentlichkeitsarbeit der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers durch ein integriertes Kommunikationskonzept einen neuen strukturellen Rahmen und inhaltliche Prämissen zu geben.

## II.

### **Voraussetzungen der aktuellen Diskussion**

Zwei wesentliche Faktoren haben die Diskussion im Ausschuss seither beherrscht:

Die im Umfeld der Tagung im Juni 2014 bekannt gewordene aktuelle Krise des Lutherischen Verlagshauses (LVH) und die damit verbundene Frage nach der Zukunft der Evangelischen Zeitung über das Jahr 2015 hinaus. Der Zeitraum wird dadurch bestimmt, dass die hannoversche Landeskirche bis zum Ende des Jahres 2015 mit ihren Partnern vertraglich an die Evangelische Zeitung gebunden ist.

#### 1. Situation der Evangelischen Zeitung

Die Evangelische Zeitung wird vom Verband Evangelische Publizistik (VEP) herausgegeben, aber vom LVH verlegt. Sie finanziert sich nach Angaben des bisherigen LVH-Geschäftsführers, Herrn Pastor Christoph Vetter, gegenüber dem Ausschuss zum überwiegenden Teil (700 000 Euro) durch die 11 000 Abonnements im Bereich Hannover und Oldenburg und zum kleineren Teil durch die Zuschüsse der Landeskirchen Hannovers und Oldenburg (500 000 Euro). Das Landeskirchenamt hat darauf hingewiesen, dass die Zuschüsse in der bisherigen Höhe nicht ausreichen werden, um die Evangelische Zeitung zu finanzieren. Aus diesem Grund hat das Landeskirchenamt vorgeschlagen, eine Summe von zusätzlich 300 000 Euro in den Haushalt einzustellen. Dies ist inzwischen erfolgt und mit einem Sperrvermerk versehen worden.

Das Landeskirchenamt führt weiter aus, dass das Anzeigengeschäft der Evangelischen Zeitung nicht mehr ins Gewicht falle und die Personalkosten bei Weitem nicht abdecke; lediglich der Umfang der Stellenanzeigen hätte zugenommen.

Die ersten Diskussionen zur Lage der Evangelischen Zeitung wurden bereits während der 23. Landessynode geführt. Damals gab es ca. 30 000 Abonnements in den Landeskirchen Hannovers, Oldenburg und Braunschweig. Diese Situation wurde damals als existenzbedrohend eingeschätzt, zumal pro Jahr rund ein Drittel durch (die teils umstrittene) Haustürwerbung durchgetauscht werden musste.

Die in der 24. Landessynode in großer Ausführlichkeit, aber letztlich ergebnislos fortgesetzte Diskussion um die Fortführung der Evangelischen Zeitung bzw. einer publizistischen Alternative wurde und wird auch dadurch bestimmt, dass der frühere Partner, die Evangelisch-lutherische Landeskirche in Braunschweig inzwischen den Zu-

schluss zur Evangelischen Zeitung ohne Vorankündigung zum Jahresende 2013 eingestellt hat. Daraufhin wurde das Büro in Braunschweig geschlossen. Eine Grundversorgung der braunschweigischen Landeskirche ist durch ein kleineres Büro für den Evangelischen Pressedienst (epd) und den Evangelischen Kirchenfunk Niedersachsen (ekn) gewährleistet.

Nach Angaben des bisherigen LVH-Geschäftsführers beschäftigt die Evangelische Zeitung an Redakteuren derzeit den Chefredakteur, zwei Redakteure in Vollzeit, zwei Redakteure in Teilzeit (50 %), einen Redakteur für Oldenburg mit 70 % Stundenumfang und einen Redakteur für die Bereiche Ostfriesland und Osnabrück mit 50 % Stundenumfang. Der LVH-Geschäftsführer war ebenfalls bisher Redaktionsmitglied.

Seit dem Jahr 2010 besteht eine Redaktionsgemeinschaft mit der damaligen Nordelbischen Zeitung. In der Folge wurde auch das Konzept der Evangelischen Zeitung verändert. So hat man beispielsweise ein "Thema der Woche" unter Beratung von Sachverständigen eingeführt. Die mit der "Mecklenburgischen & Pommerschen Kirchenzeitung" geführten Gespräche mit dem Ziel, nur eine gemeinsame Kirchenzeitung im NDR-Gebiet zu haben (ggf. unter zwei Titeln, da kein großer Kostenfaktor) seien nach Auskunft des LVH-Geschäftsführers ergebnislos geblieben, da diese Kirchenzeitung ihre andere Tradition, die sich zu "DDR-Zeiten" entwickelt habe, gern erhalten möchte. Zurzeit gibt es drei Ausgaben der Evangelischen Zeitung: die Evangelische Zeitung Nordkirche, die Evangelische Zeitung Oldenburg und die Evangelische Zeitung Niedersachsen.

Herr Vetter stellte im Ausschuss in Aussicht, dass die Evangelische Zeitung ab dem 1. Advent d. J. evtl. in einem früher schon einmal bestehenden Format mit weniger Seiten und anders aufgeteilten Rubriken erscheinen wird. Hierzu gebe es Beratungen der Chefredakteure, die vom Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverband moderiert werden. Inhaltlich sagte Herr Vetter wörtlich: "Nicht Verlegerdenken, sondern Redakteursdenken muss hier bestimmend sein."

Tatsache ist, dass einer Mitgliederzahl der hannoverschen Landeskirche von 2,7 Mio. derzeit nur rund 9 000 "hannoversche" Abonnenten der Evangelischen Zeitung gegenüberstehen; ein krasses Missverhältnis zwischen kirchlicher Förderung und Reichweite, das zum Handeln zwingt.

## 2. Zum Kommunikationskonzept

Aus der vorliegenden Aktenstückreihe Nr. 26 der 24. Landessynode wird deutlich, dass alle weiteren strukturellen und inhaltlichen Entscheidungen zur Evangelischen

Zeitung bzw. einer Alternative erst getroffen werden können und sollten, wenn dieses Kommunikationskonzept vorliegt. Diese Auffassung ist unter den Mitgliedern des Öffentlichkeitsausschuss der 25. Landessynode Konsens.

Das gilt auch für die vom Ausschuss unmittelbar zu treffende Entscheidung, ob dem Finanzausschuss und letztlich der im November d. J. tagenden Landessynode empfohlen werden soll, die bisher im Entwurf des landeskirchlichen Doppelhaushaltes für die Jahre 2015 und 2016 eingestellten Mittel für die Evangelische Zeitung in der vorgeschlagenen Form und im vorgeschlagenen Umfang einzustellen.

Zu den Arbeiten an diesem Kommunikationskonzept ist mit Stand am 7. Oktober 2014 Folgendes festzuhalten:

Bereits während der 24. Landessynode wurde unter Mitwirkung des Öffentlichkeitsausschusses eine Ausschreibung zur Erstellung eines Kommunikationskonzeptes formuliert und an ausgewählte Agenturen versandt. Deren Angebote liegen vor und sind für das Kollegium des Landeskirchenamtes zur Entscheidung angemeldet. Sofern das Landeskirchenamt zustimmt, wird ein Zeitplan für das weitere Vorgehen in der Zeit vom Jahreswechsel 2014/2015 bis zum folgenden Frühjahr entwickelt.

Mit dem Hinweis auf die Verantwortung des Kollegs wird auch deutlich, dass der Öffentlichkeitsausschuss in dieser Frage ebenso wie in anderen Bereichen der kirchlichen Öffentlichkeitsarbeit und Publizistik zwar ein Diskussions-, aber nur ein eingeschränktes Entscheidungsrecht hat. Gleichwohl erwartet der Ausschuss sich vom künftigen integrierten Kommunikationskonzept Antworten auf die folgenden Fragen:

- Rolle und zukünftige Bedeutung der evangelischen Publizistik für die hannoversche Landeskirche; auch unter Berücksichtigung entsprechender Ansätze anderer Landeskirchen
- Medienarten, Schwerpunkte, Zielgruppen der Mitgliederkommunikation (ggf. Differenzierung nach Alter, Stadt oder Land, lokale oder regionale oder landeskirchenweite Themen bzw. Leuchtturmprojekte)
- Einbeziehung und ggf. Aufwertung des Kommunikationsmittels "Gemeindebrief" im Kommunikationsmix
- Differenzierte Mitarbeiterkommunikation für hauptamtliche oder ehrenamtliche Mitarbeitende, für "Entscheider" unter Berücksichtigung auch der Diakonie
- Benennung und Finanzierung von zukünftigen publizistischen bzw. kommunikativen Alternativen zur Evangelischen Zeitung als Mitgliederkommunikation
- ggf. Ersatzaufgaben für qualifizierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

### III.

#### Schlussfolgerungen

Angesichts der bedauerlichen Tatsache, dass durch die Krise des LVH die für das Jahr 2014 geplante Erarbeitung des genannten Kommunikationskonzeptes nicht erfolgen konnte, kann derzeit auch keine gültige Aussage über die Zukunft der Evangelischen Zeitung über das Jahr 2015 hinaus erfolgen, da hierfür die inhaltlichen und strukturellen bzw. finanziellen Voraussetzungen fehlen.

Deswegen stellt der Öffentlichkeitsausschuss fest: Für das Jahr 2015 ist die Landeskirche hinsichtlich der Evangelischen Zeitung in der jetzigen Form vertraglich gebunden; eine Streichung der Haushaltsmittel bereits zum 1. Januar 2015 ist daher nicht möglich.

Im Verlauf des Jahres 2015 muss möglichst bis zur Tagung der Landessynode im Mai 2016 eine inhaltliche Entscheidung fallen, ob und ggf. wie es mit der Evangelischen Zeitung bzw. einem Nachfolgeprodukt ab dem 1. Januar 2016 weitergehen soll. Um eine gesicherte finanzielle Basis für diese Entscheidung zu haben, sollen die im Entwurf des kirchlichen Haushaltsplanes für das Jahr 2016 vorgesehenen Mittel eingestellt und mit einem Sperrvermerk versehen werden, der erst nach entsprechenden strukturellen und inhaltlichen Entscheidungen der zuständigen Stellen von der Landessynode aufgehoben wird.

### VI.

#### Beschlussempfehlungen

Der Öffentlichkeitsausschuss stellt daher folgende Anträge:

Die Landessynode wolle beschließen:

1. *Die Landessynode nimmt den Bericht des Öffentlichkeitsausschusses betr. Kommunikationskonzept für die Landeskirche und Evangelische Zeitung (Aktenstück Nr. 22) zustimmend zur Kenntnis.*
2. *Die im Entwurf des landeskirchlichen Haushaltsplanes für die Jahre 2015 und 2016 eingestellten Mittel zur Bezuschussung der Evangelischen Zeitung werden jeweils mit einem Sperrvermerk in Höhe von 300 000 Euro versehen.*
3. *Der Öffentlichkeitsausschuss wird gebeten, die Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Evangelischen Zeitung bzw. einem Nachfolgeprodukt ab dem 1. Januar 2016 ergeben, im Rahmen des geplanten integrierten Kommunikationskonzeptes der hannoverschen Landeskirche zu beraten und der Landessynode möglichst in ihrer Tagung im Mai 2015, spätestens im November 2015, zu berichten.*

Winters  
Vorsitzender